

AUSGABE VOM 20. MÄRZ 2015

## Milliardenhilfen des Bundes: NRW-Kommunen sind die Gewinner

Die Kommunen sind die Gewinner des Investitionsprogramms, das der Bund auf den Weg gebracht hat: Das Kabinett hat am Mittwoch den Nachtragshaushalt 2015 sowie das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern beschlossen. Der Bund setzt damit ein deutliches Signal zur weiteren Unterstützung der Kommunen und greift eine Forderung der Union auf.

Zudem richtet der Bund ein Sondervermögen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro ein, aus dem in den Jahren 2015 bis 2018 Investitionen finanzschwacher Kommunen gefördert werden. Auf NRW entfallen über 32 % des gesamten Sondervermögens. Ich erwarte, dass die NRW-Landesregierung, die durch den Bund bereitgestellten Mittel schnell und ohne Kürzungen an anderer Stelle an die Kommunen weiterleitet.

## Bundshaushalt 2016 bis 2019: Keine neuen Schulden

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche die Eckwerte für den Bundshaushalt 2016 und die fünfjährige Finanzplanung für den Bund bis 2019 beschlossen. Die Bundesregierung hält sich an das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel, ab 2015 Bundshaushalte ohne Neuverschuldung aufzustellen. Die Bundesregierung nutzt die in den letzten Jahren erarbeiteten Handlungsspielräume für mehr Wachstum und für Investitionen in die Zukunft. Sie stellt von 2016 bis 2019 rund 20 Milliarden Euro für Investitionen, Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und die Stärkung kommunaler Investitionstätigkeit bereit:



Der Eckwertebeschluss ist Grundlage für die regierungsinterne Haushaltsaufstellung. Den Bundshaushalt 2016 und den Finanzplan bis 2019 wird das Bundeskabinett am 1.7.2015 beschließen. (Foto: CDU/CSU-Fraktion)

Für die Jahre 2016 bis 2018 stehen rund 10 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen bereit. Davon werden 7 Mrd. Euro für zukunftsorientierte Investitionen, insbesondere in den Bereichen öffentliche Verkehrsinfrastruktur, digitale Infrastruktur, Energieeffizienz, Klimaschutz, Hochwasserschutz und Städtebau zur Verfügung gestellt. Mit rund 3 Milliarden Euro werden die Mehrausgaben für das Betreuungsgeld aufgestockt. Von 2016 bis 2019 fließen rund 8,3 Milliarden Euro in die öffentliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Der Bund entlastet 2017 die Kommunen um weitere 1,5 Milliarden Euro, um ihnen Spielräume für zusätzliche Investitionen zu eröffnen.

## Nachtragshaushalt 2015 bringt zusätzliche Investitionen

Außerdem hat das Kabinett den Entwurf eines Nachtragshaushalts 2015 beschlossen. Der Nachtragshaushalt 2015 regelt die Verteilung des zehn Milliarden-Euro-Pakets für Zukunftsinvestitionen, das die Bundesregierung im November 2014 angekündigt hat und kommt ohne neue Schulden aus! Finanzschwache Kommunen werden mit diesem Programm weiter gestärkt! Lange hat eine Bundesregierung nicht mehr so viel für die Kommunen getan.

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,*

Heute erinnern wir uns an die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 als die Menschen in der DDR zum ersten und einzigen Mal ihr Parlament frei wählen

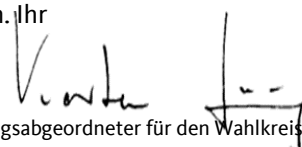


konnten. Sie haben dies in vielen friedlichen Demonstrationen auf der Straße erkämpft.

Welch ein Unterschied zu den sogenannten Demonstrationen in Frankfurt. Die Gewaltexzesse während der „Blockupy“-Proteste gegen die EZB waren ein Ausbruch von blankem Hass, keine Demonstration. Die FAZ veröffentlichte kurz zuvor einen [Artikel](#), in dem die minutiöse Planung und die Methoden der Blockupy-Organisatoren aufgedeckt wurden. Auch wenn Tausende friedlich demonstrierten, die Gewaltexzesse waren vom Veranstalter einkalkuliert. Die Polizei spricht von langfristiger strategischer Vorbereitung.

Die Gewalttäter von Frankfurt sind Antidemokraten und Polit-Kriminelle, und die Veranstalter, die Ihnen Gelegenheit für Ihre Gewaltexzesse bieten, sind mitverantwortlich. Dazu gehört insbesondere „Die Linke“, die es nicht über sich bringt, diese Gewalt zu verurteilen, sondern die sie in vielfachen Stellungnahmen verharmlost und relativiert. Auch Sie sind keine Demokraten. Das sollten sich alle klarmachen, die mit einer politischen Zusammenarbeit liebäugeln.

Respekt und Anerkennung zolle ich den Polizisten, Feuerwehr- und THW-Leuten für Ihren Einsatz. Ich wünsche Ihnen einen friedlichen Sonntag und grüße Sie herzlich. Ihr

  
Bundtagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

## Feinstaubreduzierung in Städten

Der Umweltausschuss hat in dieser Woche einen Vorschlag der EU-Kommission zu Emissionsgrenzwerten für Verbrennungsmotoren mobiler Maschinen und Geräte, die nicht im Straßenverkehr benutzt werden, beraten. Gemeint sind Kleingeräte wie Rasenmäher und Motorsägen, Baumaschinen, Generatoren, Schienenfahrzeuge und Binnenschiffe. Mit dem Vorschlag soll eine Verschärfung der Grenzwerte für Partikel- und Stickoxidemissionen solcher mobilen Maschinen und Geräte erreicht werden - ein Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität. Denn es ist bekannt, dass diese Partikel krebserregend sind.

Nach meiner Überzeugung muss durch ein gezieltes Maßnahmenbündel die Feinstaubbelastung insgesamt reduziert werden. Auch die Partikelemissionen von Baumaschinen müssen weiter reduziert werden um schädigende Emissionen zu verhindern. Die Bundesregierung prüft den Vorschlag der EU intensiv.



Wohin mit dem Bauschutt vom Abbruch stillgelegter Atomanlagen wollte ein Interviewerteam der ARD von mir wissen. (Foto: privat)

## Mobilfunk und Gesundheitsrisiken

Der Bund hat den 6. Emissionsminderungsbericht über gesundheitliche Auswirkungen der Mobilfunktechnologie vorgelegt und in dieser Woche den Umweltausschuss unterrichtet. Die aktuellen Ergebnisse bestätigen die in der gültigen 26. Bundesimmissionsschutz-Verordnung fixierten Grenzwerte zum Schutz vor den Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder.

Ich finde solche Untersuchungen unverzichtbar. Diese unterstreichen, dass die geltenden Grenzwerte vor gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder schützen. In der Regel werden die Grenzwerte nur zu einem Bruchteil erreicht. Der Bund wird weiter Forschung zu hochfrequenten elektromagnetischen Feldern betreiben. Speziell sollen Risiken für Kinder durch Emissionen zukünftiger Mobilfunkanwendungen untersucht werden.

## Versprechen erfüllt: Wohngelderhöhung beschlossen

Die Union setzt ein weiteres Wahlversprechen um. Mit dem aktuell von der Regierung beschlossenen Gesetzentwurf wird das Wohngeld an die allgemeine Mieten- und Einkommensentwicklung angepasst. Zugleich werden bei der Erhöhung die regionalen Unterschiede in der Mietentwicklung sowie der Anstieg bei Heizkosten besonders berücksichtigt. Von der Reform profitieren etwa 870.000 insbesondere einkommensschwache Familien- und Rentnerhaushalte. Nun wollen wir die Beratungen rasch zum Abschluss bringen, damit die Bürger ab dem 1.1.2016 das neue Wohngeld erhalten können.

## Fragestunde: Maximilian-Kolbe-Schüler im Bundestag



Schönes Wiedersehen mit „meinem“ Porzer Maximilian-Kolbe-Gymnasium in Berlin anlässlich der Studienfahrt des Deutsch-Leistungskurses. Es gab „Bundestag kompakt“, darunter der Besuch der Fragestunde im Bundestag und viele intelligente Fragen in einer lebendigen Diskussion mit mir. Zum Abschluss gab es meine Lieblingschokolade für mich. Herzlichen Dank und alles Gute für die Abiturprüfung im nächsten Jahr. (Foto: privat)

## Verbraucherschutz: Kosmetika bleiben mit TTIP sicher

Die Sicherheit von Kosmetika bleibt auch nach Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP zwischen der EU und den USA gewahrt. Das hat aktuell die Bundesregierung mitgeteilt. Kosmetische Mittel aus den USA, die in der EU vermarktet werden, müssen der EU-Kosmetikverordnung entsprechen.

Außerdem ist es weder Ziel der Bundesregierung, noch der EU-Kommission, die Liste der für die Verwendung in kosmetischen Mitteln verbotenen Stoffe im Rahmen des Abkommens zu ändern. Jegliche Modifikation der Verordnung bedarf zudem der vorherigen Prüfung durch die EU.

**Impressum:**  
Ausgabe Nr. 06/2015  
20. März 2015

Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-77611  
Email:  
karsten.moering@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P:  
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/  
Dr. Jürgen Reuter